



89/2014

Kiel, 10. September 2014

## **Zuwanderungsbeauftragter vermisst ausdrückliches Bekenntnis zu politischer Partizipation von Migranten**

**Kiel (SHL) – Anlässlich der morgigen Debatte im Landtag über Zuwanderung und Flüchtlinge appelliert der Zuwanderungsbeauftragte des Landes an Landesregierung und Landtag, ein ausdrückliches Bekenntnis zur Partizipation von Migranten abzugeben. „Im Bericht der Landesregierung zur Unterbringung von Flüchtlingen werden die migrationspolitischen Ziele, die zukünftige Migrations- und Integrationsstrategie und die Willkommenskultur im Land dargestellt. Aber: Eine gezielte Strategie, die Partizipationsmöglichkeiten für Migranten im politischen Raum zu verbessern, wird mit keinem Wort erwähnt“, sagte Stefan Schmidt heute in Kiel.**

Schon während der Erarbeitung des „Aktionsplans Integration“ 2011 war vom Zuwanderungsbeauftragten und von den Nichtregierungsorganisationen (NGO) kritisiert worden, dass Migrantenselbstorganisationen nur am Rande beteiligt worden waren. „Ich befürchte, dass dies bei der Erstellung der Migrations- und Integrationsstrategie ähnlich sein wird“, sagte Schmidt.

Ein von Schmidt und NGOs noch vor den Sommerferien unterbreiteter Vorschlag, den zur Begleitung der „Migrations- und Integrationsstrategie“ einzurichtenden Beirat mit weitreichenden inhaltlichen Mitwirkungskompetenzen auszustatten, wurde abgelehnt. „Vor dem Hintergrund, dass Schleswig-Holstein unter den alten Bundesländern bei der Anzahl von Landtagsabgeordneten mit Migrationshintergrund an viertletzter Stelle steht, und es anders, als in anderen Ländern bis dato keine gesetzliche Grundlage für das Einrichten von Integrations- oder Ausländerbeiräten gibt, sehe ich großen Nachholbedarf“, fordert Schmidt.

„Politische Partizipation beginnt nicht erst nach der Einbürgerung, hier hat Schleswig-Holstein einen überdurchschnittlich hohen Anteil. Politische Partizipation beginnt schon bei mit Kompetenzen ausgestatteten Integrationsbeiräten auf landes- und kommunaler Ebene. Politische Partizipation geht bis zur Beteiligung von Flüchtlingen bei der Gestaltung und Organisation von Gemeinschaftsunterkünften“, sagte der Zuwanderungsbeauftragte.